

Hamburg/Schwerin/Kiel
04. April 2022

Gemeinsamer Brief der Präsidentinnen und Präsidenten
sowie Leiterinnen und Leiter der deutschen Delegationen
an die Delegationen der Sejmiks
der Woiwodschaften Ermland-Masuren, Pommern und Westpommern
im Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO)

Wir, die Präsidentinnen und Präsidenten und Leiterinnen und Leiter der Delegationen

der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg
des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

im Parlamentsforum Südliche Ostsee,

bekunden unsere Solidarität mit unseren polnischen Partnern, insbesondere aus Ermland-Masuren, Pommern und Westpommern. Diese sind von den humanitären Folgen des Krieges in der Ukraine besonders schwer betroffen. Alle leisten einen herausragenden Beitrag zur Unterstützung Geflüchteter.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee wurde 2004 mit dem Ziel gegründet, die existierenden bilateralen Partnerschaften und sonstigen parlamentarischen Beziehungen auf regionaler Ebene stärker miteinander zu vernetzen und die Entwicklung im südlichen Ostseeraum gemeinsam zu gestalten.

Fundamente unserer Zusammenarbeit als Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind neben der gegenseitigen Achtung und dem Respekt vor den jeweiligen regionalen und nationalen Unterschieden die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts sowie demokratischer Grundprinzipien. Auch wenn demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nicht explizit als Grundlage unserer Zusammenarbeit in einem Regularium niedergelegt sind, sind sie für uns unumstößliche Notwendigkeiten.

Vor diesem Hintergrund verurteilen wir den ungerechtfertigten militärischen Angriff und die Invasion, die von der Russischen Föderation gegen die Souveränität, die Unabhängigkeit und das Volk der Ukraine durchgeführt werden, auf das Schärfste.

Angesichts der anhaltenden Verstöße gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts sehen auch wir im Rahmen des Parlamentsforums Südliche Ostsee keine Möglichkeit, zur Tagesordnung überzugehen und unsere parlamentarische Zusammenarbeit mit der Duma des Kaliningrader Gebietes fortzusetzen. Aus diesem Grund schlagen wir vor, die Duma des Kaliningrader Gebietes bis auf Weiteres von der Jahreskonferenz sowie allen Beratungen des Parlamentsforums Südliche Ostsee zu suspendieren.

Unser Vorschlag wäre, im Rahmen der Jahreskonferenz 2022 über die aktuelle Situation und ihre Auswirkungen auf unsere Regionen zu beraten. Daher könnte aus unserer Sicht die Arbeit an dem gemeinsamen Resolutionsentwurf zum Thema „Europäischer Grüner Deal – Wasser und Klimawandel“ vorerst ausgesetzt und gegebenenfalls im Spätsommer zur Vorbereitung der Konferenz erneut aufgegriffen werden.

Für die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg



Carola Veit, Präsidentin



Astrid Hennies, Abgeordnete

Für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern



Birgit Hesse, Präsidentin



Beate Schlupp, Erste Vizepräsidentin

Für den Schleswig-Holsteinischen Landtag



Kirsten Eickhoff-Weber,
Erste Vizepräsidentin



Hartmut Hamerich, Abgeordneter